



Antrag

der Fraktion der CDU

Zukunft der Lehrerbildung

Der Landtag wolle beschließen:

Basierend auf einem Kommissionsbericht der Kultusministerkonferenz strebt die Landesregierung eine Neugestaltung der Lehreraus- und –fortbildung an. Aus Sicht des Schleswig-Holsteinischen Landtages ist dabei sicherzustellen, dass

1. der Schulartenbezug der Ausbildung beibehalten wird,
2. das Referendariat in seiner vollen Länge von zwei Jahren erhalten bleibt,
3. fachwissenschaftliche Kenntnisse weiterhin eine tragende Voraussetzung für eine Lehrertätigkeit bleiben.

Darüber hinaus spricht sich der Schleswig-Holsteinische Landtag für eine stärkere fachdidaktische Praxisorientierung bereits im Studium aus, für eine größere Vielfalt an Angeboten in der Fortbildung und einen individuellen Fortbildungsanspruch jeder Lehrkraft in Form eines Gutscheins mit der damit verbundenen Verpflichtung zur Fort- und Weiterbildung.

Im Einzelnen fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag

1. Mehr Praxisbezug schon im Studium

Lehramtstudierende müssen früher und intensiver als bisher die Möglichkeit erhalten, sich in den Alltag des Schuldienstes einzufinden und sich über die Anforderungen des Lehrerberufs zu informieren. Deshalb soll ein deutlich verstärkter Praxisbezug bereits in der ersten Phase der Ausbildung für alle Schularten obligatorisch werden. Dazu ist eine mehrwöchige zusammenhängende Orientierungsphase in den ersten Semestern einzuführen.

2. Inhaltliche Verzahnung von erster und zweiter Ausbildungsphase

Die Beliebigkeit der Inhalte der pädagogischen Ausbildung an der Universität ist durch eine verstärkte Hinwendung zur Fachdidaktik und die pädagogische Vorbereitung von Unterrichtssituationen zu ersetzen. Ziel ist es, auf diese Weise eine stärkere inhaltliche Verzahnung von erster und zweiter Ausbildungsphase zu erreichen. Diese inhaltliche Verzahnung ist auch dadurch sicherzustellen, dass künftig Pädagogiklehrstühle an den Hochschulen ausschließlich mit Lehrkräften

mit Unterrichtserfahrung besetzt werden.

3. **Organisatorische Verbindung von Studium und Referendariat: Neue Trägerschaft für das IPTS**

Für die verbesserte Verzahnung von erster und zweiter Ausbildungsphase ist eine Weiterentwicklung der Trägerschaft des IPTS notwendig. Das IPTS wird zukünftig als eine gemeinsame Einrichtung der Universitäten Kiel und Flensburg und der Musikhochschule Lübeck geführt. Dabei ist zu gewährleisten, dass die Lehrerausbildung in der zweiten Phase weiterhin von Studienleitern aus dem Schuldienst begleitet und nach Schularten differenziert vorgenommen wird.

Die Regional- und Landesseminare haben sich bewährt und bleiben in ihren Funktionen erhalten.

4. **Neue Vielfalt in der Fortbildung: Weiterbildungsgutscheine für Lehrer**

Wichtig für die Lehrerfortbildung ist ein möglichst vielfältiges Angebot an Veranstaltungen durch verschiedene Träger an verschiedenen Orten. Aus diesem Grund soll für die externe Lehrerfortbildung künftig ein Fortbildungsgutschein eingeführt werden, den die Lehrkräfte für Veranstaltungen ihrer Wahl einlösen. Träger der Fortbildungsveranstaltungen können Weiterbildungseinrichtungen der Hochschulen, das IPTS und Lehrerseminare anderer Bundesländer sowie weitere freie Anbieter sein. Neue Anbieter können sich durch qualifizierte Angebote einen Absatzmarkt erschließen.

Diese neue Vielfalt der Angebote macht eine verlässliche Qualitätskontrolle erforderlich. Diese notwendige Zertifizierung und Aufnahme in ein entsprechendes Anerkennungsverzeichnis erfolgt durch das IPTS.

Der Gesichtspunkt des lebenslangen Lernens wird im besonderen für den Lehrerberuf an Bedeutung zunehmen. Aus diesem Grunde muss es zukünftig eine Fortbildungsverpflichtung für alle Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein geben.

Um einen Interessenkonflikt zwischen dem Anspruch der Schülerinnen und Schüler auf Unterricht und dem Anspruch der Lehrerinnen und Lehrer auf Fortbildung zu vermeiden, wird die schulinterne Lehrerfortbildung (SCHILF) zukünftig ausschließlich in der unterrichtsfreien Zeit angeboten; Schulinterne Lehrerfortbildung darf nicht zu Unterrichtsausfall führen.

Jost de Jager
und Fraktion